

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Änderungsantrag

6-4289/20-KT

für die öffentliche Sitzung

Kreistag

14.09.2020

Einreicher: Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI

Betr.: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zum Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen - Landkreis Teltow-Fläming wird Sicherer Hafen

Beschlussvorschlag:

- ~~1. Der Kreistag erklärt den Landkreis Teltow-Fläming zum „sicheren Hafen“ für Menschen auf der Flucht.~~
- ~~2. Für die Aufnahme von mindestens 20 unbegleiteten Kindern und Jugendlichen, und 30 weiteren Geflüchteten aus den griechischen Flüchtlingslagern werden Unterbringungs- und Betreuungsmöglichkeiten zugesagt.~~
- ~~3. Die Verwaltung wird beauftragt, die dafür notwendige Bereitstellung von Unterbringungsmöglichkeiten zu organisieren.~~
- ~~4. Teltow-Fläming schließt sich dem Netzwerk „Städte Sicherer Häfen“ der Bewegung SEEBRÜCKE an.~~

1. Der Landkreis Teltow-Fläming unterstützt Initiativen zur zusätzlichen Aufnahme von Geflüchteten, insbesondere von Familien, Kindern und Jugendlichen aus den Flüchtlingslagern in Griechenland und für besonders Schutzbedürftige, vor Krieg geflüchtete Menschen.

Der Landkreis fordert die Bundesregierung und die Landesregierung auf, zügig die entsprechenden Voraussetzungen zur zusätzlichen Aufnahme von Geflüchteten zu schaffen, da die Landkreise Planungssicherheit hinsichtlich entsprechender Personal- und Unterbringungskapazitäten und notwendiger finanzieller Auswirkungen brauchen.

2. Der Landkreis appelliert an die Bürgermeister*innen in Teltow-Fläming, die Aufnahme der Geflüchteten mit der Bereitstellung von Wohnungen zu unterstützen und damit einen langfristig sicheren Ankunftsort für die(se) Geflüchteten zu schaffen.

Im Segment des sozialen Wohnungsbestandes ist bereits gegenwärtig – auch für Inländer - im Landkreis Wohnungsnot festzustellen. Durch Bund und Land sind wirksame Förderprogramme zur Unterstützung der Gemeinden und Städte bei der Schaffung von Sozialwohnungen bereit zu stellen.

3. In Anbetracht auch der Auswirkungen der Corona-Pandemie wird die Landrätin aufgefordert, alle Möglichkeiten für die prioritäre Unterbringung von Geflüchteten in Verbundwohnungen zu prüfen. Trotz Einhaltung der Standards zum Betrieb der Gemeinschaftsunterkünfte bieten diese vergleichsweise schlechtere Möglichkeiten zur Umsetzung der Hygieneanforderungen und zur Eindämmung von Infektionen.

Luckenwalde, 14. September 2020

gez. Felix Thier
Fraktionsvorsitzender